Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.

Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.

Der Insertionspreis beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten. Alle Anzeigen-Bureaux nehmen Inserate für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisaufschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: Ernst Hoffmann in Bütow.

Verlag und Redaktion von Ernst Hoffmann in Bütow.

Nr. 99. Freitag, den 9. Dezember 1892.

Die Währungs-Regelung in Oesterreich-Ungarn.

Durch den neuesten Konflikt der deutschen Linken mit dem Grafen Taaffe ist zu den mannigfachen Schwierigkeiten der österreichischen Währungsregelung ein neues Hindernis getreten, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Ist doch überhaupt die ursprüngliche Begeisterung, mit der man an die gewaltige Operation herantrat, einer nüchternen und immer nüchternern Auffassung gewichen.

Immer ernster tritt die Frage in den Vordergrund: Woher sollen die zur Regelung notwendigen Mittel beschafft werden?

Die Wiener und Kremnitzer Münze schafften, wie die „D. Warte“ mitteilt, bereits Zeichnungen und Maschinen für die Kronenprägungen an; die Regierung sorgte für den Abschluß von Bronze- und Nickellieferungen; das Silber wird durch Einziehung jetzt zirkulierender Silbermünzen oder aus dem Metallschatze der Bank gewonnen werden. Das alles ist aber nur Nebenwerk. Es handelt sich vor allem um das Gold. Die Regierung braucht dasselbe, um die Noten einzulösen; aber auch der freie Verkehr muß mit Gold gesättigt werden, wenn die Einführung der Goldwährung ermöglicht werden soll.

Mit der Goldbeschaffung sieht es aber zur Zeit sehr schlecht aus. Amerika beginnt, wie in jedem Jahre, sein Gold zurückzuziehen. Die österreichischen Goldkäufe äußern gleichfalls allmählich ihre Wirkung auf die Bestände der Banken, der Goldpreis steigt und das Gold hat die Tendenz, aus der Bank abzufließen. Der wichtigere Teil der Goldbeschaffung liegt der Regierung ob. Man schätzt die hauptsächlich durch Käufe, nebenbei durch Zolleinnahmen, auf das Ausland lautende Postanweisungen und aus ähnlichen Quellen beschafften Goldvorräte des österreichischen Finanzministers auf etwa 30, die des ungarischen auf über 50 Millionen Gulden.

Die weitere Goldbeschaffung der Regierung wird mit den Kreditoperationen verknüpft werden, indem die Regierung Goldanlehen aufnimmt. Die Anlehen und Konversionen bildeten den wichtigsten und schwierigsten Teil der Aktion. Oesterreich und Ungarn nehmen da einen verschiedenen Standpunkt ein. Der ungarische Finanzminister braucht nur 187,2 Millionen Kronen zur Einlösung der Noten; davon hat er schon etwa 100 Millionen Kronen, so daß er nur noch ungefähr 80 Mill. Kronen bedarf. Die Konversionen, die die ganzen ungarischen Valutaregulierungskosten decken sollen, stehen für ihn im Vordergrunde. Oesterreich dagegen braucht 436,8 Millionen Kronen. Die ganze Summe muß Oesterreich durch Anleihen aufbringen.

Fraglos ist aber die gegenwärtige Wirtschaftslage für die Durchführung von Kreditoperationen sehr ungünstig. Es ist deshalb auch unwahrscheinlich, daß die österreichischen Valutageschäfte jetzt ernstlich in Angriff genommen werden. Ueberschaut man die ganze Entwickelung der letzten Monate, so muß man erkennen, daß die ganze Währungs-Angelegenheit sich in einem noch sehr anfänglichen Stadium befindet. Die Anleihen, mit welchen zugleich der wichtigste Teil der Goldbeschaffung verbunden ist, und die Konversionen sind noch nicht über einige allgemeine Vorbesprechungen hinaus gediehen. Entwickelt sich jetzt noch der Konflikt der Linken mit der Regierung zu einem völligen Bruch, so ist damit unter Umständen die ganze Währungs-Regelung in Frage gestellt. Ohne die Mitwirkung der Linken — es bleibt eben abzuwarten, wie weit sie ihre Opposition treibt — ist jedenfalls an eine Lösung der großen Frage kaum zu denken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Gegenüber der Nachricht von einer Erkrankung des Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht von Preußen, sowie der Absicht seines Rücktrittes sagt das „Braunschweiger Tageblatt“, es sei weder von einem körperlichen Leiden des Regenten noch von der Absicht desselben, von der Regentschaft zurückzutreten, das geringste bekannt.

* Betreffs der deutsch-spanischen Vertragsverhandlungen wird der „Magd. Ztg.“ der günstige Stand dieser Verhandlungen bestätigt. Es sei mit ziemlicher Gewißheit auf die Vereinbarung des Vertrages in der gegenwärtigen Reichstagssession zu rechnen.

* Für die Kommission für Arbeiterstatistik sind im Etat des Reichsamts des Innern neu ausgeworfen 39 000 Mk., wovon 9000 Mk. zu Tagegeldern für die Mitglieder der Kommission, Remunerationen der Beamten 2c., 30 000 Mk. für Aufnahme, Bearbeitung und Veröffentlichung der Arbeiterstatistik bestimmt sind. Die Kommission hat bekanntlich ihre Thätigkeit im Juni begonnen.

* Am Dienstag hat der Bundesrat den Reichs-Steuervorlagen, nämlich den Gesetzentwürfen wegen Abänderung des Brausteuer-Gesetzes, des Branntweinsteuer-Gesetzes und des Reichsstempel-Gesetzes zugestimmt. — Die Entwürfe sind darauf dem Reichstage zugegangen.

* Die erste Beratung der Militärvorlage wird voraussichtlich entweder am 10. oder 12. d. ihren Anfang nehmen.

* Ahlwardt ist in Arnswalde-Friedeberg mit mehr als 10000 Stimmen gewählt worden; sein freisinniger Gegenkandidat Drawe erhielt etwas über 3000 Stimmen.

* Wie verlautet, will die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika von ihrem Rechte, Eisenbahnen für den öffentlichen Verkehr anzulegen, Gebrauch machen und eine deutsche Gesellschaft zu stande bringen, die eine Bahn von der Swakin-Mündung, wo Hauptmann v. François bereits eine Station baut, nach Otzimbingue und Windhoek baut. Voraussetzung ist allerdings, daß das Reich die 4prozentige Zinsgarantie gibt, die sie der englischen Gesellschaft für den Bau einer Anschlußbahn an ihre Hauptlinie zugesichert hat. Diese dem Auswärtigen Amte übermittelte Erklärung hat der Verwaltungsrat in seiner letzten Sitzung genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.

* Die Entscheidung über das Entlassungsgesuch des deutschliberalen Ministers Grafen Kuenburgs hat neuerlich eine Verzögerung erfahren. — Die deutsche Linke erachtet die Gründe, die Taaffe in der Beantwortung der Interpellation über die Auflösung des Reichenberger Stadtrats anführte, nicht als zureichend zur Begründung der Maßregel. Bei der Abstimmung über den Antrag betr. Eröffnung der Erörterung über die Antwort fiel es auf, daß auch der Coronniklub dafür stimmte. Die oppositionelle Mehrheit war größer als bei der letzten Abstimmung über den Dispositionsfonds.

Frankreich.

* Endlich ist es Herrn Ribot gelungen, ein „neues“ Ministerium zu bilden; es ist in Wirklichkeit das zurückgetretene Loubetsche, von dem nur „zwei Mann über Bord“ gingen: der Justizminister Ricard und der Handelsminister Roche. Erster wäre sowieso durch den Panama-Skandal, der andere über den Schweizer Handelsvertrag gestürzt. Der neue Handelsminister Siegfried ist geborener Elsässer.

* Wie gewöhnlich, so wurde auch diesmal der Jahrestag des Gefechts, das am 3. Dezember bei Champigny stattfand, an Ort und Stelle von einer zahlreichen aus den Mitgliedern von Turnern- und Schützen-Vereinen gebildeten Versammlung gefeiert; zuerst kamen die Boulangisten mit Deroulede, Pierre Richard und de Menorval an ihrer Spitze, befestigten einen Immortellenkranz am Denkmale der Gefallenen, hörten die patriotischen Reden ihrer Führer an und zogen, indes es zu schneien anfing, von dannen, ehe der offizielle Zug von der Mairie her den Hügel bestieg, wo das Gefecht die meisten Toten gefodert hatte. Mitten im Schneesturm hielten der Maire von Champigny, der Abg. Bizouart-Bert, eifriger Franktireur der Cote d'Or, und ein Vertreter der Franktireurs der Pariser Presse Ansprachen, die wegen des Unwetters gekürzt werden mußten. Man beeilte sich, die mitgebrachten Blumenspenden niederzulegen, an dem Grabmale vorbei zu defilieren und nach Champigny zurückzukehren.

England.

* Die Verlobung des Prinzen Georg von England, dereinstigen Thronerben, mit der Prinzessin Viktoria Marie von Teck, der Braut des verstorbenen Prinzen Albert Viktor, wird in der ersten Hälfte des Monats Januar erfolgen. Am 6. Dezember war es jährig, daß die Verlobung der Prinzessin mit dem ältesten Sohne des Prinzen von Wales proklamiert wurde, der am 14. Januar d. seiner Familie durch den Tod entrissen wurde. — Was das Gerücht über die Verlobung des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein mit der zweiten Tochter des Herzogs von Edinburg, Prinzessin Viktoria, anbetrifft, so ist die von englischen Blättern gemeldete Verlobung zwar schon widerrufen, doch liegt die Thatsache vor, daß der Herzog Ernst Günther wirklich um die Hand der Prinzessin angehalten hat. Und zwar geschah dies gelegentlich der Taufe der dem Kaiserpaare erstgeborenen Prinzessin, nachdem sich die ältere Schwester der Prinzessin mit dem Thronfelger in Rumänien verlobt hatte. Die Eltern haben jedoch wegen der Jugend ihrer zweiten Tochter, sie war damals noch nicht 16 Jahre, den Antrag abgelehnt; auch soll der Prinz von Wales sich gegen diese Verbindung ausgesprochen haben.

Rußland.

* Die „Nowoje Wremja“ stellt das Schwarze Meer als nur im Besitz der Türkei und Rußland dar. Durch den Pariser Vertrag von 1856 seien ausdrücklich Rußland und die Türkei als Herren des Schwarzen Meeres anerkannt worden. Weder durch die Londoner Konferenz von 1871, noch durch den Berliner Vertrag von 1878 sei das geändert worden. Der Artikel 51 des letzteren bestimme ausdrücklich, daß Rumänien hinsichtlich des ihm abgetretenen Gebiets des Donau-Delta und der Dobrudscha in die Rechte der ottomanischen Pforte „nur insoweit es sich um öffentliche Arbeiten und ähnliche Unternehmungen handle, eintrete.“ Daraus folgert das Petersburger Blatt, daß der frühere Zustand des Besitzrechtes am Schwarzen Meere sich in keiner Weise geändert habe und verkündet zum Schluß, daß Rußland jedes fremde Kriegsschiff, das im Schwarzen Meere sich zeigen sollte, seiner eigenen Schwarzmeerflotte einverleiben werde. Das wäre allerdings ein sehr kurzes Verfahren!

Balkanstaaten.

* Die neuestens aus Bulgarien eintreffenden Nachrichten über eine dort geplante Verfassungs-Aenderung finden in den Wiener diplomatischen Kreisen durchaus keine freundliche Aufnahme. Noch fehlt eine offizielle Bestätigung dafür, daß in der That einschneidende Aenderungen so nahe bevorstehen sollen, wie dies in Privatberichten behauptet wird, und namentlich soll darüber noch nichts bekannt sein, ob wirklich die bisherige Verfassungs-Bestimmung, wonach der jeweilige Fürst von Bulgarien der orthodoxen Religion angehören müsse, aufgehoben und durch eine andere ersetzt werden soll, die dem Fürsten gestattet, seine Religion frei zu wählen. Man besorgt, daß hieraus dem Fürstentum Verlegenheiten erwachsen könnten.

Amerika.

* Nordamerika will sich eine Zeitlang gegen eine Einwanderung Mittelloser abschließen. Wie jetzt feststeht, wird der Präsident des Auswanderungskomitees Chandler demnächst im Senat eine Vorlage einbringen, die die Zulassung von Auswanderern, ausgenommen solche aus Ländern der neuen Welt, vom 3. Januar ab auf ein Jahr untersagt. Ausländer, die bereits gegenwärtig in Amerika weilen, werden zugelassen.

Afrika.

* Die Gerüchte verstärken sich, daß Behanzin, der König von Dahomey, in den nördlichen Teil des deutschen Togogebietes übergetreten ist. Darum betrachten auch die Franzosen den Krieg gegen Dahomen als beendet und sehen mit einer gewissen Schadenfreude dem weiteren Verlaufe entgegen. Für Deutschland könnten aus dem Erscheinen Behanzins in der Kolonie recht unangenehme Folgen entstehen. Man kann den Nachrichten von dort mit einiger Spannung entgegensehen.

Deutscher Reichstag.

In der Dienstagssitzung kam zunächst die Interpellation Hitze, Gröber und Gen. (Zentr.) bezüglich der Organisation des Handwerkerstandes und der Regelung des Lehrlingswesens, sowie des Ausbaues der Innungen zur Verhandlung. Abg. Hitze (Zentr.): Die Regierung hat es im vorigen Jahre unterlassen, ihre ablehnende Haltung gegenüber der Erfüllung unserer alten Forderung auf Einführung des Befähigungsnachweises näher zu begründen. Mindestens müssen wir nähere Aufklärungen fordern, wie die Regierung sich die geplante Organisation des Handwerks denkt. Wir würden den Handwerkerkammern nur dann unsere vollen Sympathien entgegenbringen können, wenn die Innungen uns erhalten bleiben. Wir hoffen, daß uns die bezügliche Vorlage recht bald, möglichst noch vor Neujahr zugeht. — Staatssekretär v. Bötticher: An der betr. Vorlage ist fleißig gearbeitet worden; wenn wir dieselbe noch nicht fertigstellen konnten, so liegt das nicht an uns, sondern an den Schwierigkeiten der Sache selbst. Vor allem war die Frage zu lösen, wie die Organisation des Handwerks zu gestalten sei. Es sind in dieser Beziehung Sachverständige gehört worden, und deren Vorschläge werden gegenwärtig geprüft; eine bestimmte Stellung haben die verbündeten Regierungen noch nicht dazu einnehmen können. Unsere Ansichten gehen dahin, territorial abgrenzende Handelskammern zu schaffen, denen obligatorische Befugnisse zuerteilt werden sollen. In dieser Beziehung soll ihnen die Beaufsichtigung des Lehrlingswesens, die Erstattung von Gutachten, die Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen 2c. übertragen werden. Daneben sind ihnen eine ganze Reihe faktutativer Befugnisse zugedacht. Die Innungen haben eine wesentliche Rolle bei den Erwägungen gespielt und ich kann den Vorredner dahin beruhigen, daß bei den Regierungen nicht die Absicht besteht, die Innungen zu beseitigen oder ihnen das Dasein zu erschweren. — Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.): Die Zwangsinnungen können nach unserem Dafürhalten dem Handwerk die erhofften Segnungen nicht bringen. Bezüglich der Organisation des Handwerks haben wir ein gutes Vorbild in Baden. Bei einer solchen Organisation darf man nicht Industrie und Handwerk zusammenschweißen wollen. Man darf sich aber nicht auf die Organisation des Handwerks allein beschränken, nicht auf reine Handwerkerkammern, sondern man muß die Organisation ähnlich schaffen, wie unsere süddeutschen Gewerbevereine. Es darf damit kein Eingriff in die Gewerbefreiheit verbunden sein, und das, was wir schaffen, muß auch wirklich dem Handwerk zuträglich und nützlich sein. — Abg. Ackermann (kons.): Die vorjährigen Erklärungen, die die Erfüllung der Hauptforderungen des Handwerkerstandes ablehnten, haben in Handwerkerkreisen einen tiefgehenden Mißmut erzeugt. Die geeignetste Vertretung der Handwerkerinteressen sind die Innungen. Wir können deshalb einer neuen Organisation nur dann zustimmen, wenn die Bildung der Handwerkerkammern nicht auf Kosten der Innungen geschieht, wenn die letzteren ihre wesentlichsten Befugnisse behalten. Jedenfalls muß Abhilfe so schnell als möglich geschaffen werden. — Staatssekretär v. Bötticher: Ist denn mit der Bildung der Handwerkerkammern den Innungen irgend eine von ihren Befugnissen beschränkt? Man kann sie ihnen doch lassen und dem jetzt nicht organisierten Teil des Handwerks gleichzeitig eine Vertretung geben. Die Innungen sind doch auch in den verschiedenen Landesteilen sehr verschieden entwickelt. Darin allein schon liegen Schwierigkeiten, die sich nicht leicht lösen lassen. — Abg. Rickert (frs.): Die Erklärungen des Staatssekretärs waren unklar. Ich vermag mir kein Bild von seinen Handwerkerkammern zu machen, vor allem nicht über das Verhältnis zu den Innungen und darüber, auf was für ein Wahlsystem sie sich gründen sollen. Sagen Sie, es sollen auch die Gehilfen wahlberechtigt sein, so wird die Rechte der neuen Organisation sofort kühl gegenüberstehen. Man sollte im Bundesrat einfach fest bei der Ablehnung des Befähigungs-Nachweises und des Innungszwanges stehen bleiben und sich nicht mit Experimenten abmühen, wie man die entstehenden Gegensätze ausgleichen könne. Mit all' den Befugnissen, die seit 1884 den Innungen verliehen, haben Sie die Ansprüche der Handwerker nicht befriedigt, auch mit der neuen Organisation werden Sie es nicht können. Der goldene Boden des Handwerks ruht allein in seiner freien Entfaltung. — Nach einer abermaligen Rechtfertigung der Verzögerung durch den preuß. Handelsminister v. Berlepsch und kurzer weiterer Debatte erhält das Wort der Abg. Goldschmidt (dfr.): Durch den Innungszwang werden Sie den Arbeitern das Dasein nicht erleichtern, sondern Sie erschweren es ihnen. Helfen können Sie den Innungen nur, wenn Sie für eine bessere Vorbildung der Handwerker sorgen, und gerade auf dem Gebiete des gewerblichen Fachschulwesens leisten doch die Innungen nicht entfernt das, was die freien Vereinigungen bieten. Ermutigend kann es nicht auf den jungen Handwerker wirken, wenn Sie ihm immer sagen: vertrau' auf uns, wir helfen dir, anstatt ihn auf sich selbst zu stellen. Und was soll schließlich das Ausland denken, wenn hier beständig gekrittelt wird, unser Handwerk ist im Niedergange, es geht dem Ruin entgegen, und das in einem Moment, wo wir uns zur Beschickung der Weltausstellung in Chicago rüsten. — Nach kurzen Bemerkungen des preuß. Handelsministers von